

70 Jahre NATO

Transatlantisch bleiben – Europäischer werden

Hans-Dieter Lucas

Am 4. April 2019 jährt sich zum 70. Mal die Unterzeichnung des Washingtoner Vertrags. In den 70 Jahren ihres Bestehens hat die NATO maßgeblich zu Frieden und Stabilität beigetragen. Die feste Verankerung in der transatlantischen Allianz war Garant für unsere Sicherheit während des Kalten Krieges. Im Kalten Krieg ermöglichte sie – in Verbindung mit der Entspannungspolitik und dem KSZE-Prozess – die friedliche Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas. Von Beginn der 1990er bis in die ersten Jahre dieses Jahrzehnts rückte dann die Bündnisverteidigung in den Hintergrund. Wichtig wurden die Partnerschaft mit Russland, die Stabilisierung der Nachbarschaft und Krisenmanagement jenseits des Bündnisgebiets. Die Aufnahme von 13 neuen Mitgliedern, aber auch die Einsätze auf dem Balkan oder in Afghanistan sind wichtige Wegmarken dieser Phase.

Seit 2014 – vor allem aufgrund der aggressiven Politik Russlands gegenüber der Ukraine – ist das Bündnis in eine neue Phase eingetreten. Seine klassische Aufgabe – die kollektive Verteidigung – hat nun wieder Vorrang. Zudem sieht sich das Bündnis historisch neuen Herausforderungen gegenüber: Staatenzerfall und Terrorismus im südlichen Krisenbogen einerseits, hybride Herausforderungen im Grenzgebiet zwischen innerer und äußerer Sicherheit wie Desinformationskampagnen oder Cyberangriffen andererseits.

Nie zuvor war die Allianz von ebenso komplexen wie vielfältigen Bedrohungen umgeben, auch wenn dies im öffentlichen Bewusstsein nicht immer präsent sein mag. Vom atlantischen Bündnis verlangt dies permanente Anpassung an ein Sicherheitsumfeld, das sich rasant ändert. Wie sollte also eine „NATO 3.0“ in Anbetracht dieser dreifachen Herausforderung im achten Jahrzehnt ihres Bestehens aussehen?

Erstens: Politische Allianz erhalten

Wir brauchen das Bündnis zu unserem Schutz, aber nicht weniger auch als politische Plattform von bald 30 Nationen. Es gibt kein anderes multilaterales Format, in

Fotos: NATO



Zweitens: Transatlantisch bleiben

Entscheidend bleibt die Verbindung mit den USA als unserem wichtigsten Alliierten. Die NATO mit einer zentralen Rolle der USA bleibt für die europäische Sicherheit auf absehbare Zeit unersetzbar. Trotz der Tweets nehmen die USA ihre Verantwortung für europäische Sicherheit unverändert wahr. Seit 2014 haben sie ihr Engagement für die europäischen Alliierten mit mehr Personal, Material und Übungsaktivitäten sogar noch verstärkt. Der US-Kongress ist ein starker Befürworter der Allianz, zuletzt anschaulich sichtbar durch die bisher größte Kongressdelegation bei einer Münchner Sicherheitskonferenz und durch den kürzlich angenommenen „NATO Support Act“ des Repräsentantenhauses.

Drittens: Europäischer werden

Seit vielen Jahren drängen die USA darauf, dass die Europäer ihre Verteidigungsanstrengungen verstärken und zu einer ausgewogeneren Teilung der Verteidigungslasten beitragen. Zugleich mehren sich die Anzeichen, dass die Europäer in Zukunft nicht mehr darauf setzen können, dass sich die USA bei jeder Krise oder jedem Konflikt in unserer Nachbarschaft so engagieren werden, wie das einmal der Fall war. In der Konsequenz bedeutet dies: Wir Europäer müssen mehr sicherheits- und verteidigungspolitische Verantwortung übernehmen, also ein Stück weit „europäischer werden“, um unsere Interessen zu verteidigen. Dies schließt die

dem sich 22 EU-Mitgliedstaaten und die USA, aber auch wichtige und so unterschiedliche Partner wie Kanada, Norwegen oder die Türkei tagtäglich zu sicherheitspolitischen Fragen abstimmen. Die NATO war von Anfang an nicht nur ein Militärbündnis. Sie verstand sich seit ihren Anfängen vor 70 Jahren immer auch als eine politische Allianz von Nationen, die sich zu gemeinsamen Werten, zu Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekennen. Diesen politischen Kern gilt es zu bewahren – trotz mancher Dissonanz, gerade auch im transatlantischen Verhältnis.

Autor

Botschafter Hans-Dieter Lucas ist Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel.



Die NATO im Jahr 2019 ist eine Allianz, die auf die Herausforderungen von heute reagiert, sich an die Herausforderungen von morgen anpasst und in die Zukunft investiert, so Generalsekretär Jens Stoltenberg Mitte März.

Entwicklung auch der notwendigen militärischen Fähigkeiten ein.

Deshalb hat die EU ihre Anstrengungen zur Schaffung einer „europäischen Verteidigungsunion“ verstärkt, etwa durch die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds zur Finanzierung von Entwicklung und Beschaffung neuer Fähigkeiten und die sogenannte „dauerhafte strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) – also

die Bemühungen von EU-Mitgliedstaaten, so gemeinsame Fähigkeiten zu entwickeln und zu nutzen, z. B. bei der militärischen Logistik oder bei der Entwicklung einer europäischen Drohne. Bei europäischer Fähigkeitenentwicklung geht es um zweierlei: den europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken und zugleich sicherzustellen, dass die EU in der Lage ist, ihre Sicherheitsinteressen in der Nachbarschaft besser wahrzunehmen

men – gerade auch dann, wenn die NATO nicht aktiv wird. Dabei geht es vor allem um Krisenvorsorge, Krisenmanagement und Stabilisierung – wie derzeit z.B. im Sahel. All das setzt allerdings voraus, dass europäische Fähigkeiten komplementär zur NATO sind und es nicht zu unnötigen Duplizierungen kommt.

Bessere europäische Fähigkeiten in NATO und EU verlangen höhere Verteidigungsausgaben. Alle NATO-Nationen haben sich 2014 dazu verpflichtet, sich bis 2024 auf das Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zuzubewegen und davon 20 Prozent in moderne Ausrüstung zu investieren. Alle Bündnispartner haben dabei mittlerweile Fortschritte gemacht. Auch Deutschland hat seine Verteidigungsausgaben signifikant erhöht – 2024 sollen sie bei 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen, was den deutschen Verteidigungshaushalt zum größten in Europa machen würde. Dabei geht es nicht darum, dem US-Präsidenten einen Gefallen zu tun. Es geht darum, die Bundeswehr dazu zu befähigen, unser Land zu schützen und in der EU und der NATO ihre Verantwortung wahrzunehmen und zwar in einer Weise, die dem Gewicht Deutschlands als zweitgrößte und zweitreichste Nation im Bündnis entspricht.

„Europäischer werden“ heißt nicht, die NATO abzuschreiben. Denn: Für die kollektive

GENERAL DYNAMICS European Land Systems



tive Verteidigung bleiben NATO und USA unverzichtbar. Der Vertrag von Lissabon sieht auch weiterhin die zentrale Verantwortung für die kollektive Verteidigung bei der NATO. Die Entwicklung „autonomer“ europäischer Verteidigungsfähigkeiten im umfassenden Sinn würden weit mehr als die angestrebten zwei Prozent Verteidigungsausgaben im NATO-Rahmen kosten. Nicht vergessen werden sollte, dass nach dem Brexit 80 Prozent der NATO-Verteidigungsausgaben von Nicht-EU-Mitgliedern geleistet werden. Auch im Bereich der nuklearen Abschreckung wird Europa auf absehbare Zeit auf den US-amerikanischen Nuklearschirm angewiesen bleiben und muss daran auch mit Blick auf die enge Verknüpfung der europäischen mit der US-amerikanischen Sicherheit weiter ein eigenes Interesse haben.

Viertens: Zusammenarbeit von NATO und EU stärken

Wir müssen die Zusammenarbeit zwischen NATO und EU stärken. Für mehr Synergien gibt es viel Potential – etwa im Bereich Resilienzbildung gegen hybride Bedrohungen oder Cyberangriffe, bei der Ertüchtigung von Partnerländern oder beim Thema militärische Mobilität, das lange vernachlässigt wurde und für die Glaubwürdigkeit unseres Verteidigungsdispositivs – Stichwort Verlegethätigkeit – essentiell ist. NATO und EU haben unterschiedliche Stärken und Fähigkeitsprofile. Während die „Kernkompetenz“ der NATO die kollektive Verteidigung ist, besitzt die EU Fähigkeiten und Erfahrungen im Krisenmanagement, der Krisenprävention und Krisennachsorge. Wir sollten daran arbeiten, diese „skillssets“ noch besser miteinander zu verzahnen. Dafür gibt es jetzt einen Aktionsplan, den wir gemeinsam umsetzen.

Fünftens: Am Doppelansatz festhalten

Wir müssen am Doppelansatz des Bündnisses gegenüber Russland festhalten, d. h. Abschreckung bzw. Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und gleichzeitig Dialogangebote an Moskau aufrechterhalten. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Destabilisierung der Ostukraine hat Russland gezeigt, dass es bereit ist, zur Erreichung politischer Ziele auch militärische Gewalt einzusetzen. Das Bündnis hat darauf reagiert: Mit der größten Anstrengung im Bereich der kollektiven Verteidigung seit Ende des Kalten Kriegs. Deutschland beteiligt sich daran maßgeblich – etwa durch die Übernahme der Rolle als Rahmennation eines multinationalen Bataillons in Litauen

Quelle: NATO

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Anteil am BIP (%)								
NATO Europa	1,55	1,52	1,49	1,44	1,42	1,44	1,46	1,51
Albanien	1,53	1,49	1,41	1,35	1,16	1,10	1,11	1,16
Belgien	1,04	1,04	1,01	0,98	0,92	0,92	0,91	0,93
Bulgarien	1,32	1,34	1,46	1,32	1,26	1,26	1,24	1,43
Kroatien	1,60	1,53	1,46	1,84	1,78	1,62	1,67	1,71
Tschechien	1,07	1,05	1,03	0,95	1,03	0,96	1,04	1,11
Dänemark	1,31	1,35	1,23	1,15	1,11	1,15	1,15	1,21
Estland	1,68	1,90	1,91	1,93	2,02	2,07	2,03	2,07
Frankreich	1,87	1,87	1,86	1,82	1,78	1,79	1,78	1,82
Deutschland	1,28	1,31	1,22	1,18	1,18	1,19	1,23	1,23
Griechenland	2,38	2,29	2,21	2,20	2,30	2,37	2,34	2,22
Ungarn	1,05	1,03	0,95	0,86	0,92	1,02	1,05	1,15
Italien	1,30	1,24	1,20	1,08	1,01	1,12	1,15	1,15
Lettland	1,01	0,88	0,93	0,94	1,04	1,45	1,74	2,03
Litauen	0,79	0,76	0,76	0,88	1,14	1,48	1,72	2,00
Luxemburg	0,39	0,38	0,38	0,38	0,44	0,40	0,52	0,54
Montenegro	1,75	1,66	1,47	1,50	1,40	1,42	1,36	1,55
Niederlande	1,24	1,22	1,15	1,13	1,11	1,14	1,15	1,35
Norwegen	1,51	1,47	1,48	1,51	1,46	1,54	1,55	1,62
Polen	1,72	1,74	1,72	1,85	2,22	1,99	1,89	2,05
Portugal	1,49	1,41	1,44	1,31	1,33	1,27	1,23	1,35
Rumänien	1,30	1,23	1,28	1,35	1,45	1,40	1,72	1,92
Slowakei	1,09	1,09	0,98	0,99	1,13	1,12	1,10	1,21
Slowenien	1,30	1,17	1,05	0,97	0,93	1,01	0,98	1,02
Spanien	0,94	1,04	0,93	0,92	0,92	0,81	0,90	0,93
Türkei	1,64	1,59	1,52	1,45	1,39	1,46	1,52	1,64
Vereinigtes Königreich	2,38	2,16	2,26	2,16	2,05	2,11	2,12	2,15
Nord America	4,42	4,08	3,76	3,49	3,33	3,32	3,15	3,18
Kanada	1,23	1,10	0,99	1,01	1,20	1,15	1,41	1,23
Vereinigte Staaten	4,77	4,41	4,07	3,76	3,55	3,55	3,34	3,39
NATO Total	2,97	2,80	2,64	2,48	2,39	2,39	2,32	2,36

Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten (Anteile am Bruttoinlandsprodukt)

im Kontext einer verstärkten Vornepräsenz des Bündnisses. Diese Vornepräsenz macht deutlich: Im Fall einer Krise ist die gesamte Allianz involviert. Zugleich ist die NATO bereit, weiter im Rahmen des NATO-Russland-Rats und militärischer Direktkontakte den Dialog mit Moskau aufrechtzuerhalten. Dafür hat sich gerade Deutschland seit 2014 immer wieder mit Nachdruck eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun. Gerade in Zeiten wachsender Spannungen braucht es den Dialog, etwa zur Krise in und um die Ukraine, zu militärischer Transparenz und zur Vermeidung ungewollter Eskalation.

Sechstens: Zentrales Forum der Abstimmung bleiben

Die NATO war schon in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts das zentrale Forum der Abstimmung über Fragen der Europäischen Sicherheit auch im Bereich Rüstungskontrolle. Es war der Nordatlantikatrat, der den NATO-Doppelbeschluss verabschiedete und die Verhandlungen hin zum Vertrag über das Verbot von Mittelstreckenwaffen (INF-Vertrag) begleitete. Genau dieser Vertrag steht heute aufgrund des russischen Vertragsverstoßes vor

dem Scheitern. Die NATO hat sich zur russischen Vertragsverletzung geschlossen positioniert. Sie hält an dem Ziel fest, den Vertrag zu retten; sollte Russland aber nicht zur Vertragstreue zurückkehren, wird die NATO sich auf eine „post INF“-Welt einstellen, ohne das russische Verhalten zu spiegeln. So haben die USA deutlich gemacht, dass sie nicht die Absicht hegen, neue nukleare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren. Die NATO-Außenminister haben sich zudem bei ihrem Treffen im Dezember 2018 zu Rüstungskontrolle als einem zentralen Element euro-atlantischer Sicherheit bekannt. Für die Glaubwürdigkeit der Allianz wird es entscheidend darauf ankommen, dass die Bündnispartner auch künftig in dieser Frage geschlossen bleiben.

Siebtens: Nicht nur nach Osten schauen

Die NATO darf nicht nur nach Osten schauen. Mit Blick auf die Bedrohungen aus dem Süden muss sie den „Projecting Stability“-Ansatz weiter entwickeln, also ihre Bemühungen, Stabilität an ihrer südlichen Peripherie zu fördern. Dabei geht es darum, Partnerländer in unserer Nachbarschaft bei

der Bewältigung von Krisen oder der Bekämpfung des Terrorismus zu unterstützen bzw. sie zu eigenem Handeln zu befähigen. Politischer Dialog und die konkrete Unterstützung vor allem von Partnerländern wie Jordanien, Tunesien oder Irak bei der Ausbildung von Streitkräften, „Defence Capacity“ und „Defence Institution Building“ bilden hier die Schwerpunkte. Bei all dem sollte die NATO eng mit der EU zusammenarbeiten. Bis zu einem umfassenden Friedensschluss bleibt auch das Engagement der NATO in Afghanistan essentiell.

Achtens: Auf neue Herausforderungen einstellen

Das Bündnis muss sich auf neue Herausforderungen im Grenzbereich zwischen innerer und äußerer Sicherheit einstellen: Cyberattacken und Hackerangriffe, Desinformationskampagnen oder andere hybride Maßnahmen mit verschleierte Urheberchaft unterhalb der Schwelle bewaffneter Angriffe. In diesem Bereich ist seit 2014 viel geschehen, viel bleibt aber auch noch zu tun. Das verlangt, die Resilienz der Bündnispartner zu stärken; das gilt für ihre kritische Infrastruktur, aber auch für ihre politische Widerstandsfähigkeit. Zugleich haben eine Reihe von Bündnispartnern an-

gekündigt, wenn nötig dem Bündnis auch offensive Cyber-Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen, so zuletzt auch Deutschland.

NATO nach wie vor notwendig

Es gibt also keinen Mangel an Herausforderungen für die Allianz, wenn sie nach dem Treffen der Außenminister Anfang April in Washington in ihr achties Jahrzehnt geht. Ob sie diese bewältigt und wie bisher zu Sicherheit und Stabilität beitragen kann, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Bündnispartner auch weiter zu Geschlossenheit und gemeinsamem Handeln finden. Bislang ist ihnen das trotz der unbestreitbaren Schwierigkeiten im transatlantischen Verhältnis noch immer gelungen, wenn es darauf ankam.

Heute leben wir, viel mehr als in der Zeit des Kalten Kriegs, in einer Zeit großer strategischer Unsicherheit und Überraschungen. Gerade in solch gefährlichen Umbruchzeiten brauchen wir Institutionen wie die NATO. Sie führt Nationen auf einer gemeinsamen Wertebasis zusammen. Sie hat sich in mehreren Jahrzehnten als zentrale multilaterale Institution bewährt, in der wir uns abstimmen, mitunter auch streiten, die aber auch gemeinsames Han-



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg traf sich Anfang März mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Antonio Tajani.

deln ermöglicht und legitimiert. Sie trägt so zu mehr Verlässlichkeit und Berechenbarkeit bei und bleibt damit ein tragender Pfeiler einer regelbasierten internationalen Ordnung, die Frieden und Sicherheit erst möglich macht. ■

TRAIN TO PERFORM: LAND. AIR. SEA. JOINT.

Rheinmetall provides live, virtual and constructive simulation and training solutions for:

- Air Force
- Navy
- Army
- Civil applications

www.rheinmetall-simulation.com